

Kolumbien-aktuell

No. 427 19. April 2006

- 1. Frieden und Konflikt: Kindersoldaten - Opfer oder Täter?**
- 2. Menschenrechte: Die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen in Kolumbien**
- 3. Soziale Bewegungen: Regierung und Weltbank versuchen den Mindestlohn in Kolumbien zu senken**
- 4. Menschenrechte: Wahlprozess in Kolumbien - einige Anmerkungen zu Pressefreiheit, Sichtbarkeit und Regierungsfähigkeit**

Leitungsequipe:

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

Direktion:

Natalia Rey

Redaktionsequipe:

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camilo Tamayo

Gestaltung der Website:

www.actualidadcolombiana.org

e-mail: actualidadcolombiana@cinep.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz
e-mail: askluzern@datacomm.ch; Internet: www.kolumbien-aktuell.ch

1. Frieden und Konflikt: Kindersoldaten - Opfer oder Täter?

Von Silvia Otero Bahomón, Forscherin am CINEP

In der Folge eines Anschlags vom 6. April auf die Transmilenio-Buslinie in Bogotá starben die beiden Kinder Daniel Beltrán und Bryan Romero. Als Täter werden FARC-Milizen vermutet. Der Tod der beiden Kinder zeigte erneut die tragischen Folgen des bewaffneten Konfliktes auf die Kinder in Kolumbien auf. Als Antwort auf diesen Anschlag versammelte sich in Bogotá eine grosse Menge von Kindern und BürgerInnen, um ihre Abscheu gegen dieses Attentat zum Ausdruck zu bringen.

Auch andere Daten zeigen die Bestürzung auf, welche das Land in Bezug auf diese Thematik empfindet. Kürzlich haben Berichte der Vizepräsidentschaft gezeigt, dass die meisten Opfer von Antipersonenminen Kinder sind. Andere staatliche Institutionen haben aufgezeigt, dass insgesamt mehr als eine Million Kinder von Vertreibung betroffen sind. Internationale und nationale NGO haben darauf aufmerksam gemacht, dass fast 11'000 Kinder von den bewaffneten Gruppen als

Soldaten rekrutiert worden sind.¹ Diese Zahl zeigt, dass die Kinder nicht nur das hauptsächliche Opfer der bewaffneten Gruppen sind, sondern auch aktiv an den Aktivitäten der bewaffneten Gruppen teilnehmen. Diese Zwiespältigkeit der Kinder - einerseits Opfer, andererseits Täter - zwingt zu einer Reflexion über die Bedingungen der Kinder und Jugendlichen in Kolumbien.

Verschiedene Fragen drängen sich aufgrund der hohen Zahl von Kindersoldaten bei den bewaffneten Gruppen auf: Welche Gruppen rekrutieren Kinder? Wie viele Kinder treten freiwillig in deren Reihen ein und wie viele werden dazu gezwungen? Was motiviert die Kinder und Jugendlichen von abgelegenen Regionen des Landes am Krieg teilzunehmen? Verschiedene Untersuchungen geben darauf Antworten. Nach Angaben von Human Rights Watch HRW machen die Kinder rund einen Viertel der Kämpfenden der FARC aus (rund 7000 Minderjährige kämpfen demnach in den Reihen der FARC); einen Fünftel bei den Paramilitärs der AUC (rund 2000 Minderjährige) und mindestens einen Drittel beim ELN (gegen 1500 Minderjährige).² Einige Studien haben gezeigt, dass der Grossteil dieser 11'000 Minderjährigen freiwillig in die bewaffneten Gruppen eintreten. Da also nur eine Minderheit zwangsrekrutiert wird³, ist es unerlässlich nachzuforschen, was diesen Kindern fehlt, was sie wollen, was diese Kinder und Jugendlichen in den abgelegenen Regionen Kolumbiens suchen, wenn sie sich freiwillig dazu entscheiden, am Krieg teilzunehmen.

Zweifellos bieten die bewaffneten Gruppen den Kindern und Jugendlichen etwas, das weder Schule noch Familie bieten können. Für einige Kinder sind die Guerilla oder die Paramilitärs eine Möglichkeit, um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern; für andere wiederum sind sie ein Mittel, um einem feindseligen familiären Umfeld zu entkommen; viele Kinder sehen bei den bewaffneten Gruppen einen Weg zu sozialem Aufstieg, um Macht, Prestige und Respekt zu erlangen.

Dies hilft zu verstehen, weshalb Kinder und Jugendliche 'freiwillig' den bewaffneten Gruppen beitreten. Es gilt aber auch den Lebensmoment in Betracht zu ziehen, wenn Kinder diesen Entscheid treffen. Nicht zufällig stimmt der Eintritt in die bewaffneten Gruppen mit dem Beginn der Adoleszenz überein. In dieser Lebensphase taucht eine Reihe von neuen Möglichkeiten auf, dies aufgrund der Freiheit, die man dadurch gewinnt, dass man aufhört Kind zu sein. *Dies ist ein entscheidender Moment für die Bildung der eigenen Identität und um seinen Platz in der Gemeinschaft und Gesellschaft zu finden. Zudem erlangt man neue Fähigkeiten, um Entscheide zu treffen und Verantwortungen zu übernehmen.*⁴ Die Mitgliedschaft bei einer bewaffneten Gruppe erlaubt so erstens dem Leben von Kindern und Jugendlichen, welche von einem Zustand der Lethargie umgeben sind, einen Sinn zu geben; zweitens, der Beziehung zu den KollegInnen (d.h. Mitkämpfenden) eine neue Dimension zu verleihen und Freundschaften und Beziehungen in der bewaffneten Gruppe zu leben; drittens, die eigene Identität auf der Grundlage der kollektiven Identität zu bilden als Teil eines institutionellen Ganzen.

Auf jeden Fall erlaubt der Eintritt den Kindern und Jugendlichen auf dem Land - die in abgelegenen Regionen leben und wo die von der bewaffneten Gruppe aufoktroierte Ordnung die soziale Normalität ist - ihnen einerseits in den Genuss von Ansehen und Bewunderung zu kommen, welche man jenen entgegen bringt, welche Krieg führen; andererseits eröffnet es ihnen die Möglichkeit zu Machtakeuren zu werden, welche das soziale Leben bestimmten und regeln. Diese beiden Vorteile stehen den Kindern und Jugendlichen offen, wenn sie in bewaffnete Gruppen eintreten. Diese

1Human Rights Watch HRW, 2003, Du wirst lernen, nicht zu weinen, Kindersoldaten in Kolumbien; www.hrw.org

2Human Rights Watch HRW, 2003, Seite 9

3In der Untersuchung von HRW waren von 112 befragten Kindern 11% zwangsrekrutiert worden. Eine Untersuchung des Instituts für Familienfürsorge ICBF und der Ombudsstelle spricht von 25% zwangsrekrutierten Kindern. In beiden Studien ist die Zwangsrekrutierung die Ausnahme.

4Brett Rachel, Specht Irma, 2004; Young soldiers. Why they chose to fight? ILO, Schweiz, Seite 3

Vorteile sind ihnen aber in der Legalität einer Gesellschaft zweifellos versperrt, welche Kindern und Jugendlichen kaum Möglichkeiten bietet.

Die Reflexion über die Kindersoldaten müsste auch die Frage beachten, wie Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche eröffnet und erweitert werden können, die zu einem sinnvollen Leben führen. Dass die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen selber zu kämpfen wählt, zeigt weniger den Willen zur Teilnahme am Krieg als die prekären Möglichkeiten der kolumbianischen Jugend auf. Die Kinder und Jugendlichen Kolumbiens wählen zwischen Nichts und Etwas.

2.Menschenrechte: Die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen in Kolumbien

Von Eduardo Carreño Wilches, Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo

Als MenschenrechtsverteidigerInnen verstehen wir jede Person, welche für die Verbreitung, Förderung und Verteidigung der zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Völker arbeitet, sei dies individuell oder als Mitglied einer sozialen, politischen, gewerkschaftlichen oder einer Menschenrechtsorganisation.

In Kolumbien arbeiten wir MenschenrechtsverteidigerInnen seit mindestens 25 Jahren unter grossem Risiko und haben mit ansehen müssen, wie Organisationen zerstört wurden, welche wir in verschiedenen Regionen des Landes aufbauten. So kann man sagen, dass nur noch Kerne von Menschenrechtsorganisationen in den Städten Barranquilla, Medellin, Barrancabermeja, Bucaramanga, Arauca, Cali, Pereira und Bogotá übrig bleiben. In anderen Regionen werden die Anklagen über Menschenrechtsverletzungen von den Familienangehörigen der Opfer gemacht, welche bei der Ombudsstelle Klage einreichen, wo die Fälle aber nur gespeichert werden und eventuell noch in den Statistiken auftauchen, welche die betreffenden Funktionäre in ihren Berichten aufführen. Es kommt aber nicht zu Untersuchungen und zur Bestrafung der Schuldigen dieser Menschenrechtsverletzungen.

Mittels der Anklagen, welche wir über die Koordination Kolumbien-Europa-USA in Bezug auf diese Thematik gemacht haben, konnten wir zusammen mit anderen Organisationen und Bewegungen erreichen, dass in Kolumbien das Büro des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte errichtet wurde. Dieses Büro erstellt jedes Jahr einen Bericht über die Menschenrechtssituation in Kolumbien und präsentiert diesen der UNO-Menschenrechtskommission.

Wir möchten die 7. Empfehlung dieses Berichtes hervor heben: *Die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte ermahnt Regierung und Aufsichtsbehörde Massnahmen zu treffen, damit die öffentlichen Beamten, welche den notwendigen Respekt gegenüber der Arbeit der MenschenrechtsverteidigerInnen nicht aufbringen, vor Gericht gebracht und bestraft werden. Sie ermuntert die Regierung geeignete Massnahmen zu treffen, um die Probleme der Verzögerung und der unangepassten Evaluation des Risikos bei den Programmen zum Schutz der Menschenrechte und anderer Gruppen anzugehen.* Dies heisst, dass wir weiterhin unter dem Stigma leiden, vom Staat und seinen Sicherheitsdiensten als 'Feinde' bezeichnet zu werden, die es zu verfolgen, zu kontrollieren oder zu eliminieren gilt.

Die UNO-Generalversammlung hat dieses Jahr beschlossen, die UNO-Menschenrechtskommission abzuschaffen und durch einen Menschenrechtsrat zu ersetzen. Dieser wird entsprechend dem verabschiedeten Mandat mehr Kompetenzen und mehr Zeit haben, die verschiedenen Anklagen über Menschenrechtsverletzungen in der Welt zu behandeln. Er wird auch weniger durch die Grossmächte und die UNO-Mitgliedstaaten beeinflussbar sein. Der Menschenrechtsrat wird im Juni 2006 seine erste Sitzung abhalten. Wir hoffen, dass an dieser Sitzung die Weiterführung des

Mandats des UNO-Büros in Kolumbien beschlossen wird und nötigenfalls der Fall Kolumbien vor die UNO-Generalversammlung gebracht wird. Es gilt die Resultate dieses Menschenrechtsrates abzuwarten, um auf dessen Vorteile vertrauen zu können.

Einige MenschenrechtsverteidigerInnen Kolumbiens haben besondere Schutzmassnahmen, welche zwischen der UNO-Menschenrechtskommission oder der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und der kolumbianischen Regierung vereinbart wurden. Dies hat in gewisser Weise unser Weiterleben als Organisationen ermöglicht, wie auch die Entwicklung einer Arbeit zum Schutz der Opfer von Menschenrechtsverletzungen, dies obwohl wir bedroht sind und zu militärischen Zielen der im Dienste der staatlichen Sicherheitsdienste stehenden Paramilitärs erklärt wurden.

In dieser Arbeit haben wir einen interessanten Verhandlungsprozess mit der Regierung erreichen können, um die Empfehlungen des UNO-Menschenrechtsbüros zu überprüfen und weiter zu verfolgen. Diese Überprüfung haben wir koordiniert mit verschiedenen Plattformen durchgeführt, welche sich für Menschenrechte, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte und Frieden einsetzen. So wurde erreicht, dass das UNO-Büro und die G-24 (Gruppe von 24 Ländern, welche nach der Konferenz von London im Jahr 2003 gebildet wurde) diesen Verhandlungsprozess mit der Regierung begleiten und beobachten. In diesen Gesprächen hat gezeigt werden können, dass die Regierung die gegenüber der UNO-Menschenrechtskommission eingegangenen und unterzeichneten Verpflichtungen nicht einhält.

In Folge der Umsetzung der Regierungspolitik der *Demokratischen Sicherheit* sind massiv Bauern- und indigene Führungsleute, andere Personen und in einigen Fällen auch Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen aufgrund falscher Anschuldigungen der Sicherheitsdienste verhaftet worden. Viele Verhafteten wurden nach dem Beweis ihrer Unschuld wieder freigelassen. In einem Bericht der Koordination Kolumbien-Europa-USA ist dies ausreichend belegt worden: Von den 6200 Verhafteten, welche der Staatsanwaltschaft übergeben wurden, kamen 90% frei, nachdem ihre rechtliche Situation geklärt war. Aber es wurde auch dokumentiert, wie Freigelassene bedroht wurden und in anderen Landesteilen oder im Ausland Schutz suchen mussten.

Zu erwähnen ist der Fall des Universitätsprofessors Alfredo Correa de Andreis, der nach seiner Haftentlassung ermordet wurde. Nach Anklagen von García, des Chefs für Informatik des Sicherheitsdienstes DAS, war dieser Mord vom Direktor des DAS, Dr. Noguera, geplant und angeordnet worden. Dr. Noguera hatte eine Liste mit MenschenrechtsverteidigerInnen der Atlantikküste, welche eliminiert werden sollten, dem paramilitärischen Chef 'Jorge 40' präsentiert (Zeitschrift *Semana* vom 10. - 17. April 2006). Wie soll da Glauben in die Behörde aufkommen, welche mit dem Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen beauftragt ist?

Im jüngsten Bericht der *Internationalen Menschenrechtsvereinigung FIDH* wurde eine Bilanz über die Lage der MenschenrechtsverteidigerInnen in Kolumbien gezogen: Im Jahr 2005 wurden 47 MenschenrechtsaktivistInnen ermordet, 7 gewaltsam zum Verschwinden gebracht, 8 misshandelt oder gefoltert, 77 mit dem Tode bedroht, 36 willkürlich verhaftet und eine Reihe weiterer Menschenrechtsverletzungen gegen sie begangen. Insgesamt waren 224 MenschenrechtsverteidigerInnen betroffen. Das bedeutet, dass dies einer der gefährlichsten Berufe weltweit und insbesondere in Kolumbien ist. Darum legen wir weiterhin Nachdruck auf die Ausbildung und Organisierung der nationalen MenschenrechtsverteidigerInnen, auf die Begleitung durch die Internationalen Friedensbrigaden PBI, in die Partnerschaft von kolumbianischen Gemeinden und Organisationen mit Gemeinden und Organisationen anderer Länder und auf den internationalen Druck zur Garantierung des Fortbestehens unserer Organisationen. Insbesondere soll die Bewegung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen die notwendigen Garantien haben, denn ohne deren Zeugnis würde nur die offizielle Version durch die Des-Informationsmedien

bekannt, welche behaupten, in Kolumbien gäbe es keinen bewaffneten Konflikt, die Menschenrechtslage habe sich verbessert, die Legalisierung und Legitimierung des Paramilitarismus sei ein voller Erfolg, der Kampf der Staatsanwaltschaft gegen die Straflosigkeit habe sich verbessert, etc.

Wir hoffen, dass diese Reflexion zu einem besseren Verständnis der Situation beiträgt und dass eine allgemeine Verpflichtung daraus erwächst, den Kampf gegen die Straflosigkeit zu führen und nicht zuzulassen, dass der Staat den paramilitärischen Mafias und den transnationalen Konzernen übergeben wird. Denn in diesem Fall wären die universellen Menschenrechtserklärungen und die Verfassung Kolumbiens nichts als tote Buchstaben. Es ist unsere Verpflichtung als KolumbianerInnen dies zu verhindern.

3. Soziale Bewegungen: Regierung und Weltbank versuchen den Mindestlohn in Kolumbien zu senken

Von Carlos Rodríguez Díaz, Präsident des Gewerkschaftsverbandes CUT

Die letzte Arbeitsreform hatte nach Aussagen der Regierung zum Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu wurden die Löhne gesenkt und die Unternehmergewinne erhöht. So bestätigen es auch Untersuchungen der Nationaluniversität, der Anden-Universität, der Universitäten Javeriana und Externado.

Nach diesen Studien müsste die Regierung eigentlich die Arbeitsreform zurück nehmen, denn nach dem Urteil der ForscherInnen hat sich diese nicht positiv auf die Arbeitssituation ausgewirkt, sondern nur zu übertriebenen Gewinnmargen der Unternehmer geführt.

Die Gewerkschaftsbewegung verlangte von der Regierung die Rückgängigmachung der Reform und die Aufnahme von gemeinsamen Gesprächen mit der Perspektive, auf das grösste Problem der nationalen Wirtschaft Alternativen zu finden: Die Arbeitslosigkeit. In Bezug auf die Langzeitanstellung beträgt die Arbeitslosigkeit in Kolumbien 20,8%.

Trotz dieser Situation forderte die Regierung die Weltbank zu einer gemeinsamen Bewertung in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen auf und komischerweise meinte die Weltbank, dass die Auswirkungen der Arbeitsreform in Kolumbien positiv zu werten seien und noch vertieft werden müssten, damit die Wettbewerbsfähigkeit Kolumbiens im Vergleich zu den Nachbarländern erhalten werden könnte.

Aus diesem Grund nahmen Weltbank und Regierung gemeinsam Stellung zu den Diagnosen und den Vorschlägen und präsentierten uns Gewerkschaften folgende Ansichten:

- ☞ Der Mindestlohn ist in Kolumbien sehr hoch. Er muss gekürzt werden.
- ☞ Die Zahl der Mindestlöhne muss verkleinert werden und die integralen Löhne schneller zur Anwendung kommen.
- ☞ Die Steuernebenkosten der Unternehmen müssen abgeschafft werden.
- ☞ Die soziale Sicherheit soll nicht mehr über die Arbeitsanstellung gewährleistet werden. Die soziale Sicherheit soll mit Steuergeldern und nicht über die Arbeitskosten finanziert werden.
- ☞ Für minderjährige ArbeitnehmerInnen soll ein tieferer Lohn festgelegt werden.
- ☞ Die Zulagen für Sonntagsarbeit sind in Kolumbien die höchsten der Region. Sie müssen weiter gekürzt werden.

Die Gewerkschaftsbewegungen lehnen diese Vorschläge der Weltbank entschieden ab und halten daran fest, dass die Arbeitsreform keine Arbeitsplätze schuf, sondern im Gegenteil die prekären

Arbeitsbedingungen weiter verschärft und die Unterbeschäftigung erhöht hat. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen von über 20% konnte nicht verbessert werden.

Am 13. März 06 meinte der Direktor des Zentrums für Internationalen Handel und Wirtschaft der Heritage Foundation, Marc A. Miles, dass eines der Hauptprobleme Kolumbiens die Anstellungsverhältnisse seien. Die Heritage Foundation gibt ein Ranking über Wirtschaftsfreiheit heraus, auf dem Kolumbien auf dem 91 Platz von insgesamt 161 Nationen steht.

Der Gewerkschaftsverband CUT weist dieses Ansinnen zurück, welches deutlich die unternehmerische Habgier zum Ausdruck bringt. Die Unternehmer, noch nicht zufrieden mit der durchgeführten Arbeitsreform, welche keine Arbeitsplätze geschaffen hat, sondern ihre Gewinne erhöhte, kommen heute mit Herrn Miles um ihre Argumente aufzuwärmen.

Zu versuchen, die Arbeitenden noch mehr zu verarmen und dabei zu argumentieren, man müsse sie noch leichter entlassen können und ihnen die wenigen verbleibenden Rechte kürzen, bedeutet eine plumpe neoliberale Position einzunehmen. Wir alle wissen, dass das Land eine Reaktivierung des Produktionsapparates braucht, um bescheidene Arbeitsplätze zu schaffen.

Die CUT ruft daher zur Ablehnung dieses derartigen Unsinn auf und lädt die Internationale Arbeitsorganisation ILO ein, diesbezüglich aktiv zu werden. Es ist völlig ungerechtfertigt, dass die Weltbank sich mit hohlen Argumenten in die nationale Problematik einmischt, wenn Parlamentarier und Regierung wissen müssen, dass es den Gewerkschaften ein Anliegen ist, gemeinsame Lösungen auf die Arbeitssituation zu finden. Darum lehnen wird das Ansinnen der Weltbank, welches unserer Ansicht nahe jenem der Regierung liegt, mit aller Entschiedenheit ab.

Die Forderung der Weltbank steht in Übereinstimmung mit der neoliberalen Politik, welche die Minimallöhne in allen Ländern abzuschaffen sucht und anstrebt, dass Löhne aufgrund der Arbeitszeit bestimmt werden. So hätten wir keine Orientierung mehr in Bezug auf die Löhne, sondern diese würden dem freien Spiel des Marktes unterworfen und zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber unter Umgehung von Gewerkschaften direkt ausgehandelt.

Die kolumbianische Regierung verfolgt im Rahmen ihrer neoliberalen Politik dieses Ziel, weshalb wir davon ausgehen, dass es eine enge Verbindung zwischen den Absichten der Weltbank und jenen der Regierung gibt, weshalb wir sie zurück weisen und die Arbeitenden aufrufen, diese grosse Dummheit zu verhindern.

4.Menschenrechte: Wahlprozess in Kolumbien - einige Anmerkungen zu Pressefreiheit, Sichtbarkeit und Regierungsfähigkeit

Von Camilo Andrés Tamayo Gómez, Forscher am CINEP

Wenn die sozialen Veränderungen nicht so verlaufen, wie man es wünscht, so heisst dies nicht, dass es keine Veränderungen gibt... Das Problem taucht dann auf, wenn ich meine, dass nur die von mir erwartete Veränderung richtig für die Gesellschaft ist, in der ich lebe. David Pulinsky

Kolumbien erlebt zur Zeit einen Wahlprozess, bei dem mehrere Visionen auf dem Spiel stehen: Die Sicherung der Weiterführung des konservativen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Projekts, verkörpert in der Figur von Alvaro Uribe; Innovation durch sozialere Modelle eines Mitte-Links Denkens, verkörpert durch Carlos Gaviria; pädagogische Haltungen eines hoch entwickelten Bewusstseins als BürgerIn umzusetzen, repräsentiert durch Antanas Mockus oder kurzfristige Veränderungen auszuprobieren, wie es Alvaro Leyva oder Enrique Parejo vorschlagen. Die

Grundsatzfrage, welche wir hier stellen, ist: Wie spielt die Pressefreiheit, der Kampf um die Sichtbarkeit und die Beziehung Massenmedien - Regierungsfähigkeit bei all dem mit? Welchen Kampf um die symbolische Macht steht hinter den jüngsten Ereignissen in Kolumbien?

Der Rücktritt oder die Entlassung von drei hohen Regierungsfunktionären (des Direktors für Sicherheit und Überwachung; des Direktors des Instituts für landwirtschaftliche Entwicklung INCODER und des Präsidenten der Bank für landwirtschaftliche Kredite FINAGRO); die Anschuldigungen des Ex-Funktionärs des Sicherheitsdienstes DAS, Rafael Garcia über eine Wahlfälschung bei den letzten Präsidentschaftswahlen; die Infiltration von Paramilitärs und Drogenbossen in staatliche Sicherheitsdienste; die Ausarbeitung einer schwarzen Liste von GewerkschafterInnen, Intellektuellen und Lehrpersonen, welche ermordet oder zum Exil gezwungen wurden; die wütenden Erklärungen des Präsidenten gegen die Zeitschriften *Semana* und *Cambio*, wie diese die erwähnten Themen behandelten - dies alles zeigt, dass die Massenmedien das bevorzugte Szenario für die Debatten, Argumente und zur Verteidigung bestimmter Haltungen sind. Sie überflügeln soziale Institutionen, welche zu diesem Zweck geschaffen worden sind. Jeder soziale Akteur entwickelt eine PR-Politik, um effizient auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Paradox ist in diesem Fall auch, dass Präsident Uribe vom Ex-DAS-Chef Jorge Noguera verlangte, dass er nach Kolumbien zurück kehre, um den Medien Red und Antwort zu stehen, nicht aber gegenüber der Staatsanwaltschaft oder der Aufsichtsbehörde oder der Regierung selber.

Eine der Charakteristiken von öffentlich sichtbaren Regimes in Kontexten eines bewaffneten Konfliktes ist nicht nur, dass sie Technologie, Waffen und Armeen bereit stellen, sondern auch eine ganze Maschinerie zur Sinn-Produktion, welche in den Medien und den Kommunikationsprozessen ihren Niederschlag findet.⁵ Eine zeitgemässe Veränderung bei der Schaffung von öffentlicher Meinung ist der Einsatz von Kommunikationsberatern und -experten, welche die Inhalte der Informationsagenda bestimmen und diese als Instrument für ihre Ziele einsetzen.

Man kann also klar sagen, dass die Themen, welche in einer Gesellschaft wichtig und bedeutsam werden, immer mehr von den Diskursen bestimmt werden, welche von den Medien und den BürgerInnen selber lanciert werden. Damit wird die frühere Funktion des Politischen verdrängt, was uns auf eine weit breitere und komplexere Dimension der Kommunikation verweist.

Über Pressefreiheit und andere Dämonen

Die Pressefreiheit ist ein undiskutabler Wert jeglicher demokratischen Gesellschaft. Bei Wahlprozessen, wie es zur Zeit in Kolumbien der Fall ist, bekommt sie noch grössere Bedeutung, denn dank diesem Wert der Pressefreiheit ist es möglich, verschiedene Sichtweisen der Realität zu haben, diese auch verschieden einzuschätzen und unterschiedliche Visionen zu entwickeln. Dies ist das Schlüsselement: Die Pressefreiheit ermöglicht Kräfte und Gegenkräfte aufzuzeigen, entgegen einer hegemonialen Weltsicht. Die Verantwortung, die Vielfalt, die Heterogenität, die Differenziertheit, das 'Andere' sind die Grundpfeiler dieses Rechts der Pressefreiheit.

Darum ist es sehr besorgniserregend, dass inmitten der Wahldebatte versucht wird, die Aktion der Medien zu entwerten und ihnen die Funktion abzusprechen, Kräfte und Gegenkräfte aufzuzeigen und der öffentlichen Meinung Berichte zu unterbreiten, welche nicht mit der offiziellen Haltung übereinstimmen. Dass Alvaro Uribe die Zeitschrift *Semana* als *frivol und naiv* bezeichnete, da sie Teile des Verhörs des Ex-Informatikchefs des DAS⁶, Rafael Garcia, nach einer vorherigen Überprüfung der Quellen veröffentlichte und die fehlende Antwort noch Begründung seiner Aussage, als der Präsident darauf angesprochen wurde⁷ - staatliche Gründe vorschützend - zeigt uns

5Jorge Ivan Bonilla, Presentación Periodísticas, políticas y guerreros, Universität Javeriana, Bogotá, 2004

6TV-Interview in Canal RCN mit Präsident Uribe vom Dienstag, 17. April 06

7Interview mit dem Radiosender La W, im Wortlaut veröffentlicht auf der Internetseite des Präsidenten www.presidencia.gov.co

keinen glücklichen noch angemessenen Umgang des Präsidenten mit den Medien auf.

Es gibt drei Aussagen des Präsidenten, welche grosse Aufmerksamkeit verlangen, da sie um das gleiche Thema kreisen: Die Institutionen über seine Verantwortung als Regierungschef zu stellen, jegliche kritische oder wertende Haltung zurück zu weisen und die Enthüllung seiner aktuellen Kommunikationspolitik in Zeiten des Wahlkampfes. *Dies kann nicht so stehen bleiben. Wir sind hier nicht bei einem Puppenspiel. Wir sind an einer sehr ernsten Sache, was Dr. Alejandro Santos verstehen müsste, statt mit seinen naiven und frivolen Berichten fortzufahren, womit er die Institutionen schädigt... Ein Verhör zu veröffentlichen von einer Person, welche im Gefängnis ist, und welches nicht mit den Aussagen übereinstimmt, welche diese Person gegenüber der Staatsanwaltschaft gemacht hat und ohne die Aussagen zu überprüfen... Was Semana publiziert hat, schafft eine grosse nationale und internationale Infragestellung der demokratischen Institutionen... Eine Regierung, welche 1'632 Paramilitärs bei Kämpfen getötet hat, kann nicht zulassen, dass Ihre (A.d.Ü. gemeint ist Dr. Santos) publizistische Frechheit, verantwortungslos und unwahr, die Legitimität der Regierung in Frage stellt...*⁸

Ein Element, welches in diesem aktuellen Wahlprozess präsent sein wird, ist die kritische Überprüfung der vergangenen vier Regierungsjahre von Uribe. Es wäre sehr bedauernd für Kolumbien, wenn der Präsident-Kandidat keine offenere Haltung in Bezug auf die öffentliche Debatte entwickelt, denn in ihm konzentriert sich die symbolische Macht, welche ihm sein Amt verleiht. Die Presse muss die historische Verantwortung wahrnehmen, uns die Stärken und Schwächen aller Kandidaten aufzuzeigen und der *Wachhund der Demokratie* zu sein, welche die liberale Theorie des Journalismus uns lehrt.

Regierungsfähigkeit, Massenmedien, Wiederentdeckung von Versuchungen

Die Beziehungen zwischen Regierungsfähigkeit und Massenmedien werden in Wahlkampfzeiten sehr kritisch, da den Medien die Aufgabe zufällt, in den lokalen und nationalen öffentlichen Sphären eine Rolle der Aufsicht, Wertung und Offenheit zu übernehmen. Das Risiko, falsch interpretiert zu werden (wie im obigen Fall), implizit parteiisch und einseitig zu berichten, das Politische zu entkräften oder dem Druck der dominanten Gruppen ausgesetzt zu sein - auf dieses Messers Schneide bewegen sich die JournalistInnen in Zeiten von Wahlkämpfen ständig. Der Fall Argentinens mit Kirchner und seiner Auseinandersetzung mit der Zeitung *Pagina 12*, der venezolanische Präsident Chávez mit seinen TV-Kanälen, der Fall der Gemeinschaftsradios in Ecuador oder die grossen Spannungen in der Regierungsfähigkeit, ausgelöst durch die peruanische Sensationspresse im Fall von Alejandro Toledo, dies alles sind Beispiele des Gesagten.

Kolumbien ist da keine Ausnahme. Die Medien sind politische Akteure, welche bei Wahlprozessen eine grössere Bedeutung erhalten und die Regierungsfähigkeit erleichtern oder untergraben. Verschiedene Versuchungen tauchen in dieser Zeit für die Medien auf, welche ihre faktische Macht aufzeigen und direkt in die verschiedenen öffentlichen Szenarien eingreift.

Die am häufigsten auftretenden Versuchungen für die Medien in Zeiten von Wahlkämpfen scheinen folgende zu sein: Die übertriebene Neigung zu einer bestimmten Richtung; die Einnahme von Rollen, die nicht zu den Medien gehören (Ausübung von Justiz durch die Medien); rechtliche Regelung des Vorgehens der Medien (Regulierung - Selbstregulierung); Offizialisierung der Information (d.h. sich ausschliesslich auf offizielle Quellen zu beschränken); nicht-institutionalisierte Meinungszirkel zu mobilisieren und Kampagnen zu lancieren; Kontrolle der Informations-Unabhängigkeit durch die Medienbesitzer.

Ressonanzkasten des *nationalen Echos* zu sein, ist ein Beispiel dieser *patriotischen Versuchung* für

die JournalistInnen in dieser Zeit zu sein. *Die Medien, welche die Sache des Vaterlandes nicht verteidigen, sind gegen das Land.* Dies scheint der Schlachtruf zu sein, welcher in diesen Fällen aufgezwungen werden soll, um der Regierung einen breiten Handlungsspielraum zu sichern. Die Fähigkeit der BürgerIn zur Unterscheidung spielt hier eine grundlegende Rolle.

Die Versuchung, Justiz auszuüben, kann eine weitere Gefahr sein, doch deshalb dürfen die Medien nicht in Selbstzensur verfallen. Die Fälle der Zeitschriften *Semana* und *Cambio* sind nur die Spitze des Eisberges in dieser Debatte. Man darf nicht auf die Suche der Wahrheit und der sozialen Verantwortung verzichten, weil man Angst hat, auf *Hühneraugen* zu treten oder dem autoritären Wind der amtierenden Regierung entgegen zu treten.

Die Unabhängigkeit der Information steht einmal mehr auf der Probe. Wir hoffen, dass die kolumbianischen Medien ihre unleugbare Verantwortung wahrnehmen, mitzuhelfen ein Projekt einer Nation zu bilden, welches immer verschwommener wird, da wir nicht kritisch unsere Zeit betrachten und daraus Schlüsse ziehen.